S 18 KR 557/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Sozialgericht München Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 18 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 18 KR 557/02 Datum 22.04.2004

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 KR 184/04 Datum 14.04.2005

3. Instanz

Datum -

I. Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides vom 15. Februar 2002 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. Juni 2002 verurteilt, die Kosten f $\tilde{A}^{1/4}$ r eine h \tilde{A} ¶henverstellbare Behandlungsliege zur Durchf $\tilde{A}^{1/4}$ hrung einer h \tilde{A} ¤uslichen Therapie nach Vojta zu $\tilde{A}^{1/4}$ bernehmen.

Tatbestand:

Streitig ist, ob die Beklagte die Kosten f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r eine h \tilde{A} ¶henverstellbare Behandlungsliege zur Durchf $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrung einer h \tilde{A} ¤uslichen Therapie nach Vojta zu $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bernehmen hat.

Die 1998 geborene KlĤgerin, die bei der Beklagten familienversichert ist, leidet an einer ausgeprĤgten linksbetonten spastischen Tetraparese. Seit 1.9.2001 bezieht sie Leistungen der Pflegeversicherung nach Pflegestufe I.

Am 21.1.2002 verordnete der behandelnde Arzt der Kl \tilde{A} ¤gerin Dr. L. einen verstellbaren Therapietisch f \tilde{A} ¼r die h \tilde{A} ¤usliche Vojtatherapie. Am 24.1.2002 ging bei der Beklagten ein Kostenvoranschlag des Sanit \tilde{A} ¤tshauses A. vom 23.1.2002

ein, der einen Gesamtpreis von 1573,68 Euro für eine Vojta-Bobath-Behandlungsliege auswies.

Die Beklagte lehnte den Antrag der Eltern der KlĤgerin auf Kostenübernahme mit Bescheid vom 15.2.2002 ab mit der Begründung, nach Aussage der Spitzenverbände der Krankenkassen seien Vojtaliegen von der Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeschlossen, da sie keine Hilfsmittel seien, sondern Einrichtungsgegenstände einer physikalischen Praxis.

Gegen diesen Bescheid wurde für die Klägerin Widerspruch eingelegt, den Herr Dr. L. am 21.2.2002 damit begründete, trotz intensiver Krankengymnastik drohe eine zunehmende Spastik und Luxation der Hüfte. Eine intensive hÃxusliche Therapie durch beide Elternteile sei zur Vermeidung von Krankenhausaufenthalten dringend erforderlich. Wesentliches Hilfsmittel hierfA¹/₄r sei die beantragte Behandlungsliege. Auch Dr. P., Stationsarzt im Kinderzentrum, befürwortete in seiner Ĥrztlichen Stellungnahme vom 27.2.2002 gegenļber der Beklagten die Kostenübernahme und führte aus, bei den krankengymnastischen Behandlungsteilen der Vojtatherapie müsse das Kind durch die Behandler in spezifischen Ausgangsstellungen fýr einige Minuten gehalten und gleichzeitig an verschiedenen KĶrperstellen durch Fingerdruck gereizt werden. Diese nicht einfache Aufgabe lasse sich keinesfalls am Boden oder auf dem Wickeltisch hinreichend effektiv durchfļhren, sondern sei nur auf einem speziellen Behandungstisch machbar. Ohne Ä\(\text{Dbernahme der Therapie durch Angeh\tilde{A}\)\(\text{Irige seingle}\) die notwendige IntensitÄxt für die Therapie bei einer Therapiedauer von drei- bis viermal 20 bis 30 Minuten täglich am Anfang der Behandlung weder erreichbar, noch finanzierbar.

Die Beklagte schaltete den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) in Bayern ein, der in seinem Gutachten nach Aktenlage vom 18.4.2002 zu dem Ergebnis kam, die Therapie kĶnne auch auf einem nicht hĶhenverstellbaren Tisch gemacht werden, der als Gebrauchsgegenstand des tĤglichen Lebens anzusehen sei.

Die Beklagte wies den Widerspruch gegen den Bescheid vom 15.2.2002 im Hinblick darauf mit Widerspruchsbescheid vom 28.6.2002 zurĽck.

Dagegen richtet sich die am 14.7.2002 zum Sozialgericht München erhobene Klage, zu deren Begründung verwiesen wurde auf eine ärztliche Bescheinigung von Dr. P. vom 28.8.2002.

Die Beklagte blieb bei ihrer Auffassung, bei dem beantragten Therapietisch handle es sich nicht um ein Hilfsmittel, sondern um den Einrichtungsgegenstand einer krankengymnastischen Praxis und verwies im $\tilde{A}^{1/4}$ brigen auf die Ausf $\tilde{A}^{1/4}$ hrungen in ihrem Widerspruchsbescheid vom 28.6.2002.

Zum medizinischen Sachverst \tilde{A} ¤ndigen wurde der Facharzt f \tilde{A} 1 4r Arbeitsmedizin Dr. H. ernannt, der am 30.4.2003 nach Untersuchung der Kl \tilde{A} ¤gerin am 28.4.2003 in seinem Gutachten gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} \tilde{A}

höhenverstellbarer und gepolsteter Therapietisch sei unbedingt erforderlich, um den Erfolg der notwendigen krankengymnastischen Therapie sicherzustellen.

Zu dem Gutachten fÃ $\frac{1}{4}$ hrte die Beklagte in ihrer Stellungnahme vom 13.6.2003 aus, der beantragte Behandlungstisch sei nicht Gegenstand des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Ã $\frac{1}{4}$ brigen sei zu prÃ $\frac{1}{4}$ fen, ob die erforderlichen MaÃ $\frac{1}{4}$ nahmen nicht auf einem mit einer Ã $\frac{1}{4}$ bungsmatte versehenen Tisch durchgefÃ $\frac{1}{4}$ hrt werden kÃ $\frac{1}{4}$ nnten. Unter ZurÃ $\frac{1}{4}$ ckstellung rechtlicher Bedenken sei die Beklagte bereit, eine derartige Matte zu bezuschussen.

In seiner ergänzenden Stellungnahme vom 4.7.2003 hält Dr. H. diese Konstruktion nicht fýr ein geeignetes Hilfsmittel, da es an der erforderlichen Höhenverstellbarkeit fehle. Die von ihm erstellte Fotodokumentation belege, daÃ \Box bei den verschiedenen Vojtastellungen unterschiedliche Tischhöhen sowohl fýr die Klägerin als auch fýr die Mutter, die die Therapie durchfýhre, erforderlich seien.

In der mýndlichen Verhandlung beantragt die gesetzliche Vertreterin der Klägerin, die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 15.2.2002 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28.6.2002 zu verurteilen, die Kosten fýr eine höhenverstellbare Behandlungsliege zur Durchfýhrung einer häuslichen Therapie nach Vojta zu \tilde{A} ½bernehmen.

Der Vertreter der Beklagten beantragt, die Klage abzuweisen.

Zur Ergänzung des Tatbestands wird auf die Klageakte und die beigefügte Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Klage ist begründet. Die Klägerin hat Anspruch darauf, von der Beklagten mit einer höhenverstellbaren Behandlungsliege zur Durchführung einer häuslichen Therapie nach Vojta versorgt zu werden, da es sich hierbei um ein Hilfsmittel im Sinne der gesetzlichen Krankenversicherung handelt.

GemäÃ∏ <u>§ 33 Abs. 1 SGB V</u> haben Versicherte Anspruch auf Versorgung mit Hörhilfen, Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln, die im Einzelfall erforderlich sind, um den Erfolg der Krankenbehandlung zu sichern, einer drohenden Behinderung vorzubeugen oder eine Behinderung auszugleichen, soweit die Hilfsmittel nicht als allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens anzusehen oder nach § 34 als nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel von der Versorgung ausgeschlossen sind.

Auf der Grundlage des sozialmedizinischen Gutachtens von Dr. H. vom 30.4.2003 und der erg \tilde{A} ¤nzenden Stellungnahme vom 4.7.2003 ist der beantragte Therapietisch als erforderliches Hilfsmittel im Sinne des \hat{A} § 33 SGB V anzusehen, dessen Kosten von der Beklagten zu \tilde{A} ½bernehmen sind.

Die KlĤgerin leidet Dr. H. zufolge an einer linksbetonten spastischen Tetraparese vorwiegend in den Beinen, einem Hüftüberdachungsdefizit beidseits sowie einem allgemeinen Entwicklungsrückstand im Sinne einer leichten geistigen Behinderung. Die mehrfach täglich erforderliche Therapie nach Vojta wird von den Eltern durchgeführt, die in die Behandlung eingewiesen sind. Von Montag bis Freitag werden von den Eltern zweimal täglich Behandlungen durchgeführt, am Wochenende dreimal täglich. Eine Therapieeinheit dauert ca. 20 Minuten. Dabei wird jede Position alternierend links und rechts durchgeführt und pro Sitzung insgesamt zweimal für jede Körperseite. Zusätzlich wird Krankengymnastik nach Bobath auÃ□er Haus in Anspruch genommen, heilpädagogisches Schwimmen sowie eine logopädische Behandlung.

Bei den krankengymnastischen Behandlungsteilen der Vojtatherapie, die von den Eltern zuhause durchgeführt wird, muà die Klägerin in spezifische Ausgangsstellungen des Körpers gebracht, in diesen Stellungen für einige Minuten gehalten und gleichzeitig an verschiedenen Körperstellen durch Fingerdruck gereizt werden.

Die von Dr. H. erstellte Fotodokumentation belegt, dass ein höhenverstellbarer und gepolsteter Therapietisch fýr die Durchfýhrung der häuslichen Vojtatherapie notwendig ist, um ergonomischen Gesichtspunkten sowohl für die Klägerin als auch die behandelnden Eltern Rechnung zu tragen. Aufgrund der unterschiedlichen KörpergröÃ□e der Behandler, des Wachstums der Klägerin und der zu erwartenden langen Therapiezeit sowie der verschiedenen notwendigen Lageänderungen bei den im Wechsel durchzuführenden Ã□bungen ist eine motorische Verstelleinrichtung erforderlich.

Die Vojtatherapie stellt eine anerkannte Form der krankengymnastischen Heilbehandlung dar, an deren Wirksamkeit kein Zweifel besteht. Die sachgerechte Anleitung der Eltern ist durch w \tilde{A} \P chentliche Supervision sichergestellt. Durch die Einbeziehung der Eltern wird sowohl die optimale Therapie f \tilde{A}^{1} $\!\!\!/_{\!\!4}$ r die Kl \tilde{A} $\!\!\!$ #gerin sichergestellt, als auch dem Gebot der Wirtschaftlichkeit nach \tilde{A} $\!\!\!$ \$ 12 SGB V Rechnung getragen. Der Klage war im Hinblick darauf stattzugeben.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus den <u>§Â§ 183</u>, <u>193 SGG</u>

Erstellt am: 28.07.2006

Zuletzt verändert am: 23.12.2024